



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 31.01.2024
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:30 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz Stadtverordnetenversammlung

Hermann Kühnapfel

Ordentliches Mitglied

Thomas Blanke

Mathias Buttler

Stefan Christ

Beata Czech

Thomas Czesky

Detlef Gurczik

Helmut Heinen

Markus Herrmann

Peter Hummer

Rene Just

Wilfried Käthe

Detlef Klucke

Torsten Kniesigk

Janine Küchenmeister

Edgar Leisten

Martina Leisten

Norbert Magasch

Olaf Manthey

Marko Njammasch

Carsten Preuß

Sven Reimer

Reinhard Schulz

Steffen Sloty

Rolf von Lützwow

Matthias Wilke

Wolf-Dieter Wollgramm

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Schwarzweiler

Protokollant(in)

Robert Gottlick

Leah Skorniakow

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Stadtverordneten
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.2023 und 15.11.2023
- 6 Bericht aus der Verwaltung
- 7 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL
- 8 Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 15.01.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 17.01.2024 auf Aufnahme von zwei Tagesordnungspunkten für die SVV am 31.01.2024 013/24
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung
- 11 Beschlussvorlagen
- 11.1 Definierung von Eignungs- und Vorrangflächen und Ausweisung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Geltungsbereich des Flächennutzungsplanes der Stadt Zossen 102/23
- 11.2 Nordumfahrung Dabendorf: Beauftragung Verkehrswertgutachten des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Landkreis Teltow-Fläming 010/24
- 11.3 Wahlkreiseinteilung zur Kommunalwahl 2024 011/24
- 11.4 Die Teiländerung der Satzung zur Benutzung von Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Zossen sowie zur Erhebung und Höhe der Elternbeiträge (Kita-Satzung) vom 22.06.2021 in Bezug auf die Erhöhung der Essengeldpauschale für die Mittagsversorgung sowie die Verpflegung bei Gastkindern zum 01.01.2024. 120/23/01
- 11.5 Ausnahme von der Veränderungssperre für das Flurstück 24 (Flur 4 Gemarkung Neuhof) 004/24
- 11.6 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Am Eiskutenberg" für das Flurstück 1572 (Flur 3, Gemarkung Wünsdorf) im OT Wünsdorf der Stadt Zossen 007/24/01
- 11.7 Erweiterung Tempo 30- Bereich Schöneiche 009/24
- 12 Sitzungskalender 2024

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Kühnapfel, um 19:07 Uhr eröffnet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2 **Feststellung der digital zugeschalteten Stadtverordneten**

Es nehmen folgende Stadtverordnete digital an der Sitzung teil: Keine

3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kühnapfel stellt fest, dass von den 27 Stadtverordneten (zuzüglich Frau Şahin-Schwarzweiler) 28 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

4 **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegt ein Änderungswunsch gegen die Tagesordnung vor.

Frau Czech:

Hallo an alle erst einmal. Ich stelle hiermit den Antrag auf namentliche Abstimmung für den TOP 8.

Herr Kühnapfel:

Für alle anderen Beschlüsse gilt dasselbe. Demnach fassen wir alle Beschlüsse in der namentlichen Abstimmung.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Verwaltung beantragt den TOP 11.3 vor den TOP 11.1 zu ziehen.

Frau Küchenmeister:

Ich wüsste gerne die Begründung dafür?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Zum einen ist Herr Kommer online zu diesem Thema dazu geschaltet. Das Thema ist essentiell für heute und ich finde das nur fair.

Herr Wilke:

Wir freie Wähler/ Plan B stimmen der Tagesordnung heute so nicht zu. Zum einen wegen dem Verstoß gegen unsere Geschäftsordnung und dem Gesetz von dem Vorsitzenden und der Verwaltung. Mit dem Antrag von Plan B wurde falsch umgegangen. Da sollte nicht darüber entschieden werden 2 weitere Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Kühnapfel:

Da es um einen Antrag zur Personalabwahl/-Wahl geht, sagt die Kommunalfassung ganz klar, dass dieser mit der Mehrheit der Stadtverordneten zugestimmt bzw. eingereicht werden muss. Passiert das nicht fällt der Punkt weg. Man stimmt erst über den Antrag in der Sache ab. Ich bitte um Zustimmung der TO wie vorliegend.

Diese wird wie geändert abgestimmt.

Abstimmung: 21 / 6 / 0

5 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.2023 und 15.11.2023**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschriften vom 27.09.2023 und der Sitzung am 15.11.2023 vor. Die Niederschriften gelten damit als angenommen.

6 **Bericht aus der Verwaltung**

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Schwarzweiler kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigefügt. Er umfasst folgende Punkte:

I. Kämmerei

1. Vergleich Finanzrechnung 12/2022 vs.12/2023

2. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
3. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

II. Ordnungsamt

1. Straßenverkehr
2. Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Landes Brandenburg Standort Wünsdorf
3. vorläufiger Veranstaltungskalender Februar/März

III. Kita- und Schulverwaltung

1. aktuelle Belegzahlen Kitas
2. aktuelle Belegzahlen Hort
3. Vergleich nicht verfügte Anträge 2023 und 2024
4. Änderung der Betriebserlaubnis

IV. Bauamt

IV.1 Hochbau

1. Hort Zossen
2. Hort Wünsdorf
3. Kita Rappelkiste
4. Alte Gesamtschule Dabendorf

IV. 2 Tiefbau

1. Zum Königsgraben, Geh- und Radweg
2. Bahnhof Wünsdorf – Umgestaltung westliche Seite

IV. Grünflächen

1. Bolzplätze
2. Kita Rappelkiste

IV. Bauleitplanung

IV. Bauamt sonstiges

V. Informationen zu Bauarbeiten der Deutschen Bahn

VI. Informationen Klimaschutzkonzept

7 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die aktuellen Unterlagen haben wir Ihnen zur Verfügung gestellt. Das betrifft zum einen die Ausschusssitzung des MAWV, die morgen stattfinden soll und das Protokoll der DNWAB.

**Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 15.01.2024
eingegangen bei der Stadt Zossen am 17.01.2024 auf
Aufnahme von zwei Tagesordnungspunkten für die
SVV am 31.01.2024** 013/24

Herr Kühnapfel:

Da es sich hier um eine Personalangelegenheit handelt, muss der Antrag von der Mehrheit der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Herr Wilke:

Ich hätte die rechtliche Grundlage gerne zu Protokoll, die Sie da anwenden. Kommunalverfassungsgesetz ist das jetzt nicht.

Der Beschlussvorschlag ist wie vorliegend, wie wir ihn eingereicht haben. Die Formulierung die wir genommen haben war eindeutig. Denn eine Fraktion hat jederzeit das Recht die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes zu beantragen. Soweit dieser Antrag eingeht sind die Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Die Punkte Abwahl und eventuell die Neuwahl sind dann auf die Tagesordnung zu nehmen. Wenn es noch ein Beweis für die Ungeeignetheit des jetzigen Vorsitzenden gebraucht hätte, ist er jetzt erbracht. Vielleicht ist es Ihnen auch peinlich, dass das dasteht. Wir wollen von dem Recht Gebrauch machen, dass diese Punkte richtig auf die Tagesordnung gesetzt werden. So können wir nicht abstimmen, das wäre rechtlich verkehrt. Eine Abwahl kann so heute auch nicht stattfinden. Wir als Fraktion stellen hiermit nochmals den Antrag die beiden Tagesordnungspunkte auf die nächste SVV aufzunehmen. Vielleicht hören wir ja noch eine Entschuldigung.

Herr Kühnapfel:

Ganz sicher nicht. Sie benötigen dafür mindestens die Mehrheit der SVV. Hätten Sie das vorher so gemacht, hätten wir dazu abstimmen können.

Herr Wollgramm:

Hallo an alle. Ich bin fassungslos. Die Probleme sollten mit dem Vorsitzenden einer Fraktion untereinander möglichst zeitnah geklärt werden. Sollte es dabei kein zufriedenstellendes Ergebnis geben, könne für alle Fraktionsvorsitzende eine Umfrage erstellt werden zu dem Thema. Die Abwahl eines Amtsinhabers ist ein durchaus bekanntes Mittel nicht demokratischer Institution. Die hier vorliegende Beschlussvorlage, zumal zu diesem bestimmten Zeitpunkt. Das lässt vermuten, dass erstens das für die bevorstehenden Kommunalwahlen genutzt wird und zweitens die Behinderung der eigentlichen Arbeiten erzielt werden soll und drittens aus der gleichartig krachend gescheiterte Art und Weise, welche gegen Peter Hummer, als Vorsitzenden des Hauptausschusses nichts gelernt wurde.

Unsere Fraktion findet das Verfahren beschämend und charakterlos. Wir fordern die Fraktion auf die Beschlussvorlage umgehend zurückzuziehen.

Herr Reimer:

Guten Abend an alle. Der Kollege hatte das schon angeführt. Das ist nicht der erste Abwahantrag, den wir hier erleben. Der Hauptausschussvorsitzende sollte bereits abgewählt werden, weil der HA ein beschließendes Gremium ist und nun soll dasselbe hier in der SVV passieren. Daran merkt man dann schon, dass das Demokratieverständnis ein anderes ist, als wie wir das hier gelernt haben. Man akzeptiert Mehrheiten in diesen Fraktionen grundsätzlich nicht und auch der Bürgerwille steht nicht im Vordergrund. Man mag einfach den Vorsitzenden und seine Art nicht und kommt damit nicht klar, dass die Sitzungen hier straff geführt werden. Mit der alten Geschäftsordnung brauchten wir fast immer eine Fortführungssitzung

der Stadtverordnetenversammlung. Wir finden das unanständig und können dem Antrag von Plan B nicht zustimmen.

Herr Blanke:

Hallo an alle. Wir haben tatsächlich ein Problem damit, dass solch eine wichtige Abwahl, wie eine Wahl oder Abwahl immer unter so einem politischen oder subjektiven Druckmoment entsteht. Wenn man sich Abwahlen von Vorsitzenden hier in der Vergangenheit in Brandenburg anschaut, ist die Abwahl einer so wichtigen Person immer auch eine politische Erklärung gegenüber einem Mitwirkenden unserer Stadtverordnetenversammlung. Das wirkliche Problem ist, dass durch die Herangehensweise, die notwendige Erfolgsaussicht eines solchen Antrages unbemerkt lässt. Er muss mehrheitsfähig sein. Die Fraktion hat einen Antrag gestellt mit dem Mut der Unkenntnis der Mehrheitsfähigkeit. Dass das ein Problem ist, ist sicherlich zu sehen. Hier geht es um das Recht einen solchen Antrag zu stellen. Was hier angemahnt wird, ist, das politische Probleme in ein juristisch korrektes Verfahren zu packen. Die antragstellende Fraktion muss dann hinnehmen, wenn die Beschlussvorlage krachen geht. Heute kann eine Abwahl ohnehin nicht stattfinden, weil die Punkte nicht richtig aufgenommen wurden.

Herr Schulz stellt einen GO-Antrag auf Ende der Debatte.

Abstimmung des GO-Antrags: 22 / 6 / 0

Herr Kühnapfel:

Die Rednerliste wird zu Ende geführt, es stehen noch Herr Hummer und Frau Küchenmeister mit einem Redebeitrag an.

Herr Hummer:

Heute ist nichts anderes als Kasperletheater. Wir haben noch 3 Stadtverordnetenversammlungen dieses Jahr. Das macht keinen Sinn. Diesem Antrag stimme ich nicht zu.

19:47 Uhr Herr Christ und Herr Gurczik verlassen den Saal.

Frau Küchenmeister:

Ich bin sehr bedrückt, dass jetzt gleich schon das Ende der Debatte kam. Eine Demokratie bedeutet auch, dass man sich austauschen kann. An der Stelle die Bitte, nicht so schnell die Hände zu zücken. Ich habe den Antrag von Plan B so verstanden, dass es nicht darum ging, ob zwei Tagesordnungspunkte, sondern das ganz klipp und klar die Aufnahme zweier Tagesordnungspunkte beantragt worden ist. Und das ist ganz klar in unserer Geschäftsordnung fixiert, da steht ganz klar drin, dass in Verbindung mit dem Paragraphen der Kommunalverfassung die Geschäftsordnung greift.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich denke wir müssen uns hierzu nicht mehr austauschen. Ihnen bleibt der Rechtsweg offen. Wir werden eine entsprechende Antwort an die Kommunalaufsicht geben, sollte das dort gespiegelt werden. Meiner Meinung nach können wir das jetzt hier abstimmen. Dann kommen wir in der Tagesordnung weiter. Wir sollten keine Zeit verlieren. Ich freue mich auf die Einwohnerfragestunde und die Fragen, die uns erwarten.

Abstimmung zu BV 013/24: 0/18/8

Herr Christ und Herr Gurczik sind zu dem Zeitpunkt nicht anwesend.

Herr Hummer:

Heute ist nichts anderes als Kasperletheater. Wir haben noch 3 Stadtverordnetenversammlungen dieses Jahr. Das macht keinen Sinn. Diesem Antrag stimme ich nicht zu.

19:47 Herr Christ und Herr Gurczik verlassen den Saal.

Frau Küchenmeister:

Ich bin sehr bedrückt, dass jetzt gleich schon das Ende der Debatte kam. Eine Demokratie bedeutet auch, dass man sich austauschen kann. An der Stelle die Bitte, nicht so schnell die Hände zu zücken. Ich habe den Antrag von Plan B so verstanden, dass es nicht darum ging, ob zwei Tagesordnungspunkte, sondern das ganz klipp und klar die Aufnahme zweier Tagesordnungspunkte beantragt worden ist. Und das ist ganz klar in unserer Geschäftsordnung fixiert, da steht ganz klar drin, dass in Verbindung mit dem Paragraphen der Kommunalverfassung die Geschäftsordnung greift. Es wird folgend der Paragraph der Geschäftsordnung der Stadt Zossen zitiert.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich denke wir müssen uns hierzu nicht mehr austauschen. Ihnen bleibt der Rechtsweg offen. Wir werden eine entsprechende Antwort an die Kommunalaufsicht geben, sollte das dort gespiegelt werden. Meiner Meinung nach können wir das jetzt hier abstimmen. Dann kommen wir in der Tagesordnung weiter. Wir sollten keine Zeit verlieren. Ich freue mich auf die Einwohnerfragestunde und die Fragen, die uns erwarten.

Abstimmung zu BV 013/24: 0/18/8

Herr Christ und Herr Gurczik sind zu dem Zeitpunkt nicht anwesend.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Aufnahme folgender zwei Tagesordnungspunkte für die SVV am 31.01.2024:

Name:	Ja	Nein	Enth.
Blanke, Thomas			x
Buttler, Mathias		x	
Czech, Beata		x	
Czesky, Thomas		x	
Heinen, Helmut		x	
Herrmann, Markus		x	
Hummer, Peter		x	
Just, René		x	
Käthe, Wilfried		x	
Klucke, Detlef			x
Kniesigk, Torsten		x	
Küchenmeister, Janine			x
Kühnapfel, Hermann		x	
Leisten, Edgar			x
Leisten, Martina			x
Magasch, Norbert			x
Manthey, Olaf			x
Njamasch, Marko		x	
Preuß, Carsten		x	
Reimer, Sven		x	
Schulz, Reinhard		x	
Şahin-Schwarzweiler,		x	

1. Abwahl des Vorsitzenden
2. Wahl des (neuen) Vorsitzenden.

Abstimmungsergebnis:

Wiebke			
Sloty, Steffen		x	
von Lützow, Rolf Freiherr		x	
Wilke, Matthias			x
Wollgramm, Wolf- Dieter		x	

9 Einwohnerfragestunde

Bürger 1:

Hallo, Ist Ihnen mitgeteilt worden, dass Ihre Geschäftsordnung gegen das Grundgesetz verstößt? Im Art. 5 GG heißt es im letzten Satz eine Zensur findet nicht statt. Im §4 der Beteiligungssatzung spricht dem entgegen. Die Einwohner haben nur die Kurzform der Tagesordnung. Die Fragesteller haben kein Hintergrundwissen zu den Tagesordnungen. Das stellt die absolute Form der Zensur da. Muss ich Sie erst auffordern, dass das dem Grundgesetz entsprechend zu ändern ist?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Unsere Satzung enthält meines Erachtens alle Rechten und Pflichten. Ich habe diese Satzung eingebracht und wir haben diese alle mehrheitlich beschlossen. Wenn Sie schon zitieren, bitte ich Sie diese in Gänze zu zitieren. Dort steht ganz eindeutig, dass Sie Fragen stellen können. Nur eben inwieweit Sie diese direkt in der Stadtverordnetenversammlung beantwortet bekommen ist ein anderes Thema. Sie haben alle Möglichkeiten Fragen zu stellen. Wir sollten aber hier eine vernünftige Einwohnerfragestunde haben. Wir wollen Ihnen ermöglichen, dass wir Ihnen eine adäquate Antwort geben können.

Bürger 1:

Wissen Sie das Ihr Erachten keine Gesetzes Grundlage ist? Haben Sie gehört, dass ich genau die Punkte aufgeführt habe wieso die Satzung rechtswidrig ist? Ich werde mir das merken und meine Konsequenzen daraus ziehen.

Bürger 2:

Hallo. Ich bin heute am Bekanntmachungskasten in Wünsdorf vorbeigekommen. Hab mir da beides angeschaut und habe gemerkt, dass der nichtöffentliche Teil gleich ist. Dabei geht es um die Bestellung des Erbbaurechtes. Dabei heißt es, dass es

eigentlich Eigentum der Kirche oder der Kommune ist. Ich beantrage daher das der TOP 18.1 in den öffentlichen Teil übernommen wird und eine namentliche Abstimmung erfolgt.

Herr Kühnapfel:

Sie sind nicht für Anträge verantwortlich.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich kann Ihnen sagen, das der Beschlussvorlage kein öffentliches Interesse entgegensteht.

Bürger 3:

Wir haben 3 Bushaltestellen, an denen es sehr gefährlich ist. Wir hätten gerne eine 30er Zone im Ort errichtet. Und unsere Senioren benötigen Fahrbahnabsenkungen, da die Straßen mit dem Rollator nur schwer zu befahren sind. Und ich hätte gerne gewusst wie die beiden Windränder zum Denkmalschutz gekommen sind?

Frau Şahin-Schwarzweiler erläutert für alle Anwesenden die Folie bezüglich der Bauvorhaben aus dem Bericht aus der Verwaltung. Wir waren an dem Denkmalschutz nicht beteiligt. Das ist kein Verfahren, wozu ein Widerspruch erfolgen kann. Aber wir können da nachfragen. Ich versuche da schon Ihnen seit längerem behilflich zu sein. Wir müssen schauen, wie wir das gestalten. Auch wenn ich da vielleicht Ihre Unterstützung erhalte. Wenn Sie diese Zone möchten sollten Sie das gerne auch nochmal dem Ortsbeirat mit auf den Weg geben. Den Beschluss des Ortsbeirates benötigen wir. Dann können wir das hier in den Ausschüssen diskutieren. Dann haben wir nochmal mehr Druck gegenüber dem Landkreis. Die Fahrbahnabsenkungen benötigen wir. Wir sollten auch nochmal ein Termin mit dem Bauamt, Herrn Tichter und dem Landesamt für Straßenwesen machen und nach technischen Lösungen suchen.

Bürger 3:

Die Sanierung der Tanzfläche, die auch seit 4 Jahren schon auf dem Plan steht.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Auf dem Plan steht das nicht. Ich habe am Montag mit Herrn Tichter telefoniert und er schaut sich die Sache an und wir werden das machen.

Frau Dr. Pankrath, Ortsvorsteherin Schünow:

Guten Abend. Ich bleibe beim Thema. Die Stadt hat ein Radwegekonzept aufstellen lassen. Es gab neu bewilligte Wege. Die Nunsdorfer Problematik ist nicht dabei. Was hat denn die Stadt dazu getan? Die Anregung war ja, dass die Verwaltung sich stark dafür einsetzt.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich bin da zuversichtlich. Normalerweise stünde der Weg dort bis 2030 in der Realisierung. Wir hatten uns mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen und mit dem Landkreis dahingehend verständigt, dass der Radweg Horstfelde, Schünow für uns die erste Priorität ist. Das darf nicht mit dem Landkreis kollidieren. Wir hatten schon 2 Gespräche, wie wir das Projekt umsetzen können. Wir sind gerade dabei einen Vertrag zu erarbeiten, wo eben die Planungsleistungen von der Stadt Zossen übernommen werden, aber der Landesbetrieb für Straßenwesen bei der Umsetzung die Hoheit hat und dementsprechend auch bauen muss. In Klärung ist, in wie weit das Landesamt für Straßenwesen, welches ja dem Land unterstellt ist, sich hier an unsere Planung halten muss. Wir hoffen, dass wir im März eine Festlegung haben, wer die Planung und Umsetzung mit welchem Anteil übernimmt. Wir wären bereit die Planung zu übernehmen

Herr Juricke, Ortsvorsteher Horstfelde:

Guten Abend. Zum Bericht aus der Verwaltung: Wann wird der Ortsbeirat zum Thema mit dem Termin mit dem VTF zum Waldparkplatz mitgenommen?

Sie wollten sich im Dezember um einen Termin mit Familie Semmer kümmern. Ich hatte Sie daran erinnert und bis heute kam keine Antwort.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich hatte Sie ja informiert. Wir schauen, dass ein solcher Termin zustande kommt und Sie eine Einladung erhalten. Hinsichtlich der Haltestelle und dem Termin mit dem VTF. Darüber kann ich Sie gerne informieren. Dann können Sie gerne dazu kommen.

Bürger 4:

Bezüglich des baldigen Baus der Thomas-Müntzer-Straße. Die Bahn kann mir hierzu keine Informationen dazugeben.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das was Sie gesagt haben entspricht der Realität. Das ist meiner Meinung nach für gerade noch kleinere Kinder unzumutbar. Da müssen wir eine individuelle Lösung schaffen. Die wird es dann auch geben.

Bürger 5:

Bezugnehmend auf die Kreuzung Sablowski Straße und Seestraße. Wenn an dieser Kreuzung mal ein Unfall passiert und diese Kreuzung gesperrt ist, sind die Bürger die dort drum herum wohnen aufgeschmissen. Da kommt dann nichts mehr durch. Wir haben dann keine Zufahrt mehr. Einige die ich hier sitzen sehe, haben damals beschlossen, dass es eine Brücke am Bahnhof gibt. Das Übergabeprotokoll von Frau Schreiber, was jeder lesen konnte damals, da steht dass am 21.11.2019, dass der Bund die Übernahme seines Anteils an dem Bau der Brücke nicht bestätigen kann. Am 17.12.2019 haben Sie Ihr Amt angetreten. Sie hätten ja Zeit gehabt in den Widerspruch zu gehen. Sind Sie in den Widerspruch gegangen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Frist war schon abgelaufen. Denn da hat der Bund schon nicht den Vertrag unterschrieben, so wie meine Amtsvorgängerin dies ausgehandelt hatte. Es wurde dann bekannt, dass die Brücke nicht kreuzungsrelevant ist. Das wusste zu diesem Zeitpunkt niemand. Das hat uns dementsprechend alle ein Jahr später im März sehr überrascht, als wir dann weiter daran arbeiten mussten. Ich habe das durch alle Instanzen prüfen lassen. Und die Bahn und das Land haben Recht. Damals als ich in das Amt kam war alles bereits gelaufen. Ich habe immer kommuniziert, dass wir den Bau der Brücke alleine nicht stemmen können. Derzeit gibt es keinen Fördertopf dafür. Sofern es diesen gibt stehen wir in den Startlöchern. Hätte man sich damals dafür entschieden, die Ersatzmaßnahme dort durchzuführen wo der Bahnübergang geschlossen wurde, dann hätten wir sogar einen Anspruch auf eine Unterführung gehabt. Eine ähnliche Situation hatten wir hier Dabendorf. Deshalb mussten wir den Beschluss bezüglich der Bahnquerungen teilweise aufheben. Wir brauchen eine Querungsmöglichkeit für PKWs in Dabendorf. Ich haben aus den Fehlern von meiner Amtsvorgängerin gelernt.

Ich bin in dem anderen Punkt absolut bei Ihnen. Ich wünsche mir, dass wir dieses Thema im Ortsbeirat beraten und uns gemeinsam anschauen.

Bürger 5:

Wo kommt die neue Schule in Wünsdorf hin?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Schule soll auf dem Gelände des Burgbergs gebaut werden.

Freiherr von Lützwow:

Wir hatten das Thema Kreuzung Dorf Wünsdorf gestern. Da kam mal wieder keiner. Man kann jederzeit zu den Sprechzeiten des Ortsvorstehers kommen und auch nachfragen. Da gab es auch Informationen.

10 **Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Blanke:

Ich möchte mal die Fraktionen und die Mitglieder aus dem KTUE teilhaben lassen. Die Verwaltung hat mich gebeten darauf Rücksicht zu nehmen, dass am 12.02 Karneval ist. Daher wurde nachgefragt, ob wir den KTUE auf den 13.02 verschieben können. Ich finde das nicht ok den Karnevalisten gegenüber, denn auch da ist Karneval im Gange. Nach Rücksprache mit der Verwaltung wurde mir gesagt, dass es nur einen Tagesordnungspunkt seitens der Verwaltung gibt, welcher auch am 28.02.2024 auf der SVV ist, von mir aus habe ich keinen Tagesordnungspunkt der wichtig ist. Der hätte wohl auch schon auf den letzten abgesagten KTUE kommen können. Soll der KTUE am 13.02 stattfinden, oder soll dieser abgesagt werden?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

An dem 22.01 gab es den Tagesordnungspunkt nicht. Aber ich kann Ihnen sagen, dass er auf die SVV kommt und vorher in dem Hauptausschuss, dem Finanzausschuss sowie im RSO zur Beratung kommt.

Herr Blanke:

Ich bin bereit wegen dem einen Punkt nicht einzuladen. Der KTUE findet hiermit nicht statt aufgrund der Karnevalsaison.

Frau Küchenmeister:

Vielen Dank für die Schilder. Danke für das Nachkommen der Bitte aus der SVV. Wir haben das Thema der Kommunalaufsicht gespiegelt. Diese bestätigte uns, dass wir im Recht waren. Wir müssten damit allerdings vor das Verwaltungsgericht gehen. Da wir der Stadt die Kosten sparen wollen verzichten wir darauf.

Meine Fragen beziehen sich auf den Bericht aus der Verwaltung. Auf der Folie 4 wird der Vergleich der Finanzen dargestellt mit dem Vergleich von Dezember 2022 und 2023, was wir im Ansatz reingenommen haben und was dann das tatsächliche Ergebnis war. Wir haben hier zweimal das Jahr 2023 abgezeichnet nur unter anderen Begriffen: Sind beide identisch? Warum haben wir die beiden Bezeichnungen? Unser Geschäftsjahr ist ja von Januar bis Dezember.

Wir haben gesehen das wir 10 Mio € weniger ausgegeben haben, als wir angesetzt haben. Das haben Sie durch Folie 6 erklärt, dass dort unter anderem die 6,4 Mio € noch offene Aufträge sind. Vielleicht können Sie ja noch ausführen wozu das ist?

Wir haben ja auch die Investitionen und auch da haben wir 7 Mio € weniger ausgegeben, als wir eigentlich angesetzt haben. Warum haben wir so viel weniger ausgegeben? Welche Investitionen wurden nicht getätigt?

Stand der Klage der Kreisumlage? Wann bekommen wir eine endgültige finale Mitteilung vom Gericht? Wie ist aktuell mit den derzeitigen Bescheiden umgegangen? Also haben wir auch da Widerspruch eingelegt? Die Anwaltskanzler Dombert hat sich das ganze ja zuletzt angeschaut und wollte da in den Widerspruch gehen. Wie ist dort Stand der Dinge?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Der Landtag hat eine entsprechende Gesetzesänderung hervorgerufen, dass man

eben die Bescheide heilen kann. Und daraufhin hat ja dann der Landkreis einen Bescheid erlassen mit einer, aus unserer Sicht nicht gelungenen Abwägung. Gegen diesen neuen Bescheid sind wir dann auch in den Widerspruch gegangen. Dieser Widerspruch ist seitens des Landkreises noch nicht bearbeitet. Wir sind dabei gerade abzuwägen, das Versäumnis zu rügen. Der andere Punkt ist, dass wir immer erstmal Widerspruch einreichen in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dombert. Was aber auch nochmal umstritten ist, ist die Tatsache in wie weit wir gegen die Gesetzesänderung des Landtages angehen können. Hierzu war eben die Empfehlung und das war auch hier der Beschluss, dass wir das über ein Widerspruchsverfahren mit der Kanzlei Dombert anstreben, das ist in Bearbeitung.

Zu Ihren anderen Fragen: Ja wir haben unser HH Jahr. Es gibt da keine Abweichung und man hätte auf die eine Spalte verzichten können, da es sich diesmal um den Vergleich von 12 abgeschlossenen Monaten handelt. Die 7 Mio € ist definitiv der Hort am Wasserturm. Da dieser noch nicht soweit ist und die Gewerke noch ausstehen. Und was auch noch aussteht, ist die Straße Zum Königsgraben. Wenn die Laternen noch nicht da sind, kann ich sie nicht bezahlen. Wir haben alle Projekte angefangen, aber eben noch nicht alles abgeschlossen. Wir haben schon deutlich mehr geschafft als das Jahr zuvor, aber wir sind eben auch nicht ganz in der Timeline, 2023 hat uns wirklich gut getan und wir konnten das erste Mal wirklich nachhaltige Investitionen tätigen und das wird 2024 so weitergehen.

Frau Küchenmeister:

Dann wäre es für mich wichtig da nochmal im Finanzausschuss darauf einzugehen. Die Fristen betragen nur 2 Jahre, um das Geld mitzunehmen. Sollten das wirklich nur die 2 genannten Punkte sein sollte das kein Problem sein. Hinsichtlich Klage der Kreisumlage. Zu versuchen gegen den geheilten neuen Kreisumlagebescheid vorzugehen ist richtig und auch wichtig. Aber wir wissen ja auch, dass es eben damals vielen anderen Kommunen in dem Jahr eben auch so erging. Die genau wie wir gegen die Bescheide in den Widerspruch gegangen sind. Wir sind eben in die gute Lage geraten und konnten dagegen klagen. Das konnten die anderen Kommunen leider nicht, weil eben dort genau die Taktik genutzt wurde Zeit zu gewinnen. Dann sollten wir wirklich schauen, ob das das Mittel der Wahl ist. Ich bitte die Verwaltung, dass eben nochmal mitzunehmen und zu schauen, ob wir dort nicht eben losgelöster vom Gesetz agieren sollten.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das offerieren kam von einer sehr merkwürdigen Quelle, der ich mittlerweile wirklich gar nicht mehr vertraue. Ich vertraue da unserer Kanzlei Dombert. Ich mache einen Vorschlag. Wenn die Tagesordnung des nächsten Finanzausschusses nicht ganz so voll ist, können wir uns dazu gerne noch einmal beraten und ich lade Herrn Prof. Dombert zum Finanzausschuss ein.

Herr Herrmann:

Zu Allris unter dem Punkt Anträge dürfen diese nur Vorsitzende von Fraktionen stellen. Wird das freigeschaltet, dass jeder Anfragen stellen kann so wie es ja auch ist?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich persönlich wüsste nicht was dagegen spricht. Wir nehmen das Thema mit und werden das klären.

Frau Leisten:

Bezüglich der Bushaltestelle in Kallinchen: Diese befindet sich an der Hauptstraße in Richtung Motzen, wo man direkt im Feld steht. Wir hatten das Thema mehrmals in der Ortsbeiratssitzung. Ich hatte zu dem Thema eine Anfrage gestellt in dem betroffenen Ausschuss im Landkreis. Herr Trebschuh hat mir eine schriftliche Antwort geschickt. Darüber war ich entsetzt.

Frau Leisten verliest die schriftliche Antwort von Herrn Trebschuh aus dem Landkreis: „Für eine Geschwindigkeitsreduzierung über der bereits errichteten 70 kmh-Zone hinaus ist eine besondere Gefahrenlage notwendig.“ Es ist unfassbar für mich. In wie weit sind Sie bereit da Gespräche aufzunehmen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich kann dazu nur sagen: Willkommen in meiner Welt. Das ist ein schweres Thema. Natürlich haben wir mit dem Landkreis darüber gesprochen. Es kann der Landkreis nicht sagen, dass keine Gefahrenlage vorliegt und die Stadt das nicht kommuniziert hat. Das Argument kann ich nicht nachvollziehen.

Herr Hummer:

Ich hatte bei dem Termin unseres Hauptausschusses die Reinigung angesprochen. Das sah heute sehr vernünftig aus. Vielen Dank dafür.

Der Radweg Schützenstraße bis zur Kreuzung ist ein Schlammweg. Das ist gefährlich das muss unbedingt gemacht werden.

Nunsdorf: Ich hatte mit den beiden Bürgern gesprochen und wir hatten das Gespräch, dass wir eventuell Schilder aufstellen und die Stadt wolle wohl was dazugeben und auch ein privater Unternehmer aus Nunsdorf.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Nein, dass mit der Stadt ist ein anderes Thema. Die digitalen Boards waren da eher im Gespräch. Ich habe gesagt, wir brauchen für den Bestellvorgang noch ungefähr 14 Tage.

Herr Hummer:

Ich habe im Stadtblatt gelesen auf Seite 10 „Zossens Bürgermeisterin unterstützt den Aufruf gegen rechte Deportationsfantasien“. Ich denke wir haben das alle mitbekommen. Ich denke wir sollten uns da etwas zurückhalten.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Sie sehen ja in meiner Stellungnahme, dass ich keine Parteien erwähne. Ich vertrete meine Meinung dazu so und stehe dementsprechend auch dazu, egal um welche Partei es sich handelt. Dafür mache ich mich stark.

Herr Just:

Zum Innenstadtkonzept: Wie ist da der Stand?

Hort Zossen: Gibt es ein Termin, wann dieser bezogen wird? Die Bedarfsparkplätze auf der Festwiese? Ist das eine temporäre Maßnahme? Wenn ja wie lange wird diese benötigt?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Zu Erstens, den Stand werden wir Bauausschuss präsentieren.

Der Umzugstermin ist gerade in Findung. Ich hoffe, dass das Anfang März erfolgen kann. Das hängt aber noch an den Abnahmen und an der Betriebserlaubnis.

Wir packen schon fleißig Kisten. Alles was derzeit nicht benötigt wird, wird bereits gepackt.

Zu der Parkplatzsituation: Ich denke, dass wir das temporär machen müssen. Wir haben ja derzeit noch keine Zufahrt. Eigentlich sollte das über den Hintereingang gelöst werden. Dort wurde eben leider von seitens des Investors nicht weitergearbeitet. Es war angedacht, dass Eltern Ihre Kinder über den Hintereingang in das Gebäude bringen und wir keine Probleme mit der Straße haben.

Herr Buttler:

Ich habe versucht wegen der Baustelle hier in der Jäger Straße jemanden im Bauamt zu erreichen. Das Haus hier wird nur mit einem Notstromaggregat gebaut. Das Bauamt scheint sich dafür nicht zuständig zu fühlen. Das kann ja so nicht sein.

Zum anderen könnten Sie ihn dann direkt auch darauf hinweisen, dass sein Müll hier rumfliegt.

Herr Reimer:

Hier ist von dem OB Schünow der Radweg angesprochen worden. Und die Verwaltung sagte das aus brandschutzrechtlichen Gründen dazu, dass der Seitenrand nicht genutzt werden könne. Vielleicht könnte man da eine wassergebundene Decke nutzen. Das sollte nochmal geprüft werden, also der Radweg.

Der Haupteingang an der Goethe Schule wird derzeit ja leider nicht durch die Schule genutzt, ist aber nach der Bauordnung der eigentliche Eingang. Ich würde Sie bitten, da nochmal mit der Schulleitung zu kommunizieren.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Auch Ihrem Anliegen bin ich nachgekommen, aber Frau Lorenz ist derzeit nicht im Dienst. Das müssen wir dann klären, sofern Sie wieder da ist. Bezüglich des Radweges haben wir ihren Vorschlag geprüft.

Frau Şahin-Schwarzweiler stellt einen Geschäftsordnungsantrag die Tagesordnung bis zum Ende zu behandeln.

Abstimmung zu dem Geschäftsordnungsantrag: 13 / 11 / 3

Herr Käthe:

Ich bin im Oktober/November mal wieder durch die Stadt gefahren und habe da mal ein paar Fotos gemacht. Die Bahnhofsstraße und die Menzelstraße sehen aus, als wenn da jeden Tag Filme aus dem zweiten Weltkrieg gedreht werden. Wenn wir 33 Mio € Kreisumlage an den Landkreis zahlen, sind wir dann nicht mal in der Lage unsere Straßen zu pflegen? Außerdem musste ich feststellen, dass der Bauantrag für die alte Gesamtschule immer noch nicht genehmigt worden ist, obwohl da schon wieder fast ein Jahr vergangen ist. Wieso das?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Zum einen, weil wir ja die einzelnen Gewerke ausschreiben müssen und das auch noch europaweit und dann auch die Planer ausschreiben müssen. Wir waren kontinuierlich dran. Mir dauert das alles auch viel zu lange. Ich gehe davon aus, dass das Genehmigungsverfahren dann 6 Monate dauern wird. Wir brauchen nach Antragsstellung ca. 10 Monate.

Zum Thema Innenstadt: Nein wir können das eben leider nicht, weil wir eben 33 Mio an den Landkreis abgeben und weil wir auch nicht immer Eigentümer sind. Wir werden es auch in den nächsten Jahren nicht aus dem eigenen Haushalt finanzieren können. Wir sind immer von Land und vom Bund abhängig.

Herr Käthe:

Sie sind so viel unterwegs, zeigen so viel Ihr Gesicht, auch mit dem Bundespräsidenten. Können Sie da nicht mal an der Schraube drehen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das mache ich ständig. Jeder zweite Satz ist, dass das Leben in den Kommunen stattfindet und wir arbeitsfähig sein müssen. Dazu braucht man eine gute Finanzkraft in den Kommunen und das muss vom Land und vom Bund erkannt werden.

11.1 Definierung von Eignungs- und Vorrangflächen und Ausweisung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Geltungsbereich des Flächennutzungsplanes der Stadt Zossen 102/23

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Hier gab es ja Diskussionen bzw. den Hinweis der Kommunalaufsicht, dass wir den Beschluss nochmal fassen müssen.

Herr Wilke:

Sie hatten es ja gerade ausgeführt. Ich habe dazu eine Frage. Wie ist der Stand des Beschlusses? Der ist ja nicht aufgehoben und sie haben ihn auch nicht beanstandet.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Er wurde von der Kommunalaufsicht beanstandet und muss genauso nochmal gefasst werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

dass die Stadt Zossen keine Eignungsgebiete für Windenergieanlagen ausweist.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Ent.
Thomas Blanke		x	
Mathias Buttler	x		
Stefan Christ		x	
Beata Czech	x		
Thomas Czesky	x		
Helmut Heinen	x		
Markus Herrmann	x		
Wilfried Käthe	x		
Detlef Klucke		x	
Hermann Kühnappel	x		
Edgar Leisten			x
Martina Leisten			x
Norbert Magasch		x	
Olaf Manthey		x	
Marko Njammasch	x		
Carsten Preuß	x		
Reinhard Schulz	x		
Wiebke Şahin-	x		
Steffen Sloty	x		
Rolf Freiherr von Lützow	x		
Matthias Wilke		x	
Wolf-Dieter Wollgramm	x		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	6	2

Der Beschluss wurde angenommen.

**11.2 Nordumfahrung Dabendorf: Beauftragung
Verkehrswertgutachten des Gutachterausschusses für 010/24
Grundstückswerte im Landkreis Teltow-Fläming**

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich denke wir haben das sehr ausführlich im Hauptausschuss beraten. Der Hauptausschuss hat dem dann auch zugestimmt. Wir brauchen eine Verkehrswertermittlung sowohl für die Stadt Zossen als auch für die Grundstückseigentümer. Meines Erachtens nach ist der Gutachterausschuss des Landreises hier ein sehr sehr neutrales Gremium. Wir haben bisher nur gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht. Ich bitte um Zustimmung.

Herr Freiherr von Lützwow:

Wir hatten das gestern auch auf der Ortsbeiratssitzung. Wieso müssen wir dazu Stellung nehmen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es handelt sich um ein essentielles Infrastrukturprojekt für unsere Stadt. Deshalb sollten alle Ortsbeiräte hierzu angehört werden.

Herr Käthe:

Wir reden hier schon lange genug über die Nordumfahrung, Grundstücksbewertungen und welche Grundstücke wir abkaufen müssen. Gibt es eine konkrete Summe was die Nordumfahrung kosten kosten könnte.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ca. 25 Mio. EUR. Wir haben dafür einen Fördermittelantrag gestellt. Wir haben im Oktober ein Wir haben gute Aussichten, dass wir hier einen sehr großen Teil vom Land Brandenburg gefördert bekommen. Die Kosten sind anteilig im Haushalt 2023/2024 dargestellt. Und müssen dann natürlich hinsichtlich Umsetzung in die Haushalte 2025/2026 eingeplant werden.

Herr Käthe:

Wie viel Fördermittelvolumen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es wäre ein voraussichtliches Fördermittelvolumen von 60% bis 80%.

Herr Wilke:

Wie ist die Abstimmung der Ortsteile?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Überwiegend positiv. Ich kann Ihnen bis auf Schünow mit zweimal Ja bisher nichts genaues sagen. Wir müssen aber schauen, dass wir eben den Beschluss jetzt beschließen können und das Verfahren weiter anlaufen kann.

Frau Leisten:

Hatten Sie jetzt das Ergebnis vom Hauptausschuss genannt?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Bis auf eine Nein-Stimme und eine Enthaltung waren alle dafür.

Herr Manthey:

Der Ortsbeirat Zossen konnte dazu keine Entscheidung abgeben, da wir erstens

keine genaue Wegführung ermitteln konnten. Meine ausführlichste Recherche hat ergeben, dass die Wegführung nirgends zu finden war. Die Behauptung ist, wir beschließen eine Nordumfahrung dessen Wegführung wir nicht kennen. Und wir wissen auch nicht welche Grundstücke davon betroffen sind. Und als drittes war noch meine Anmerkung, dass am 01.01.2022 und jeder weiß das, dass die Grundsteuerbewertung sattgefunden hat im Land Brandenburg und man für jedes Flurstück die Bewertung finden kann. Daher finde ich diese Ausgabe erstens völlig umsonst und zweitens ist aus meiner Sicht hier nicht klar zu erkennen, welche Grundstücke betroffen sind und welche Wegführung hier letztendlich gewählt wurde. Daher hat der Ortsbeirat Zossen für die Verweisung in die Verwaltung mit 4 / 0 / 0 gestimmt.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir hatten das im BBW sehr ausführlich. Wir haben Ihnen die Route gezeigt. Jede der Präsentationen haben wir Ihnen ausgehändigt. Ich verweise nochmals auf einen nicht öffentlichen Beschluss aus 2021 in denen wir aufgezeigt haben, welche Grundstücke betroffen sein können.

Herr Manthey:

Dann können Sie doch die Beschlussvorlage bei der die Wegführung beschlossen wurde hier auch notieren. Und wenn es eine Präsentation ist, findet man diese eben auch nicht. Aber es gibt irgendwo eine Beschlussvorlage, die die betroffenen Flurstücke zeigt. Ich hebe sowas alles auf. Ich zaubere Ihnen die auch aus meinem Keller, wenn es die gab. Ich kann der Vorlage nicht zustimmen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Sie sind jetzt seit 5 Jahren dabei. Mittlerweile müssten Sie jetzt den Unterschied zwischen einer BV und einem Offenlagebeschluss zu einem B-Plan kennen. Herr Hasse hat dazu sehr ausführlich berichtet. Sie, als Fraktion, haben nochmals bei der Bahn nachgefragt.

Herr Hummer:

Ich kann meine Rede vom Hauptausschuss nur wiederholen. Mir geht es um die Sache. Uns wurde die Strecke grob gezeigt. Ich finde es gut, wenn die Nordumfahrung zustande kommt. Ich habe mir das alles nochmal zu Gemüte geführt. Ich finde den Gutachterausschuss sehr gut. Wir sollten dem Ganzen zustimmen.

Herr Buttler:

Der Beschluss ist richtig und wichtig. Ich selber verfolge das Thema seit einigen Jahren. Die Präsentation sollte die Verwaltung in Allris einstellen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir werden demnächst in die Offenlage gehen. Die Untersuchungen laufen, auch hinsichtlich des Waldes.

Herr Buttler:

Das muss ich so akzeptieren. Dann möchte ich doch bitten, dass wir die Präsentation nochmal eingestellt bekommen, damit wir einen groben Verlauf sehen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Fortführung des Projektes "Nordumfahrung Dabendorf" erforderliche Verkehrswertgutachten über den Bodenwert der von der Straßenbaumaßnahme beanspruchten Flurstücksteilflächen, sowie über sonstige Vermögensverluste von Eigentümern und Pächtern, beim Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Teltow-Fläming zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Ent.
Thomas Blanke		x	
Mathias Buttler	x		
Stefan Christ			x
Beata Czech	x		
Thomas Czesky	x		
Detlef Gurczik			x
Helmut Heinen	x		
Markus Herrmann	x		
Peter Hummer	x		
René Just	x		
Wilfried Käthe	x		
Detlef Klucke		x	
Torsten Kniesigk	x		
Janine Küchenmeister			x
Hermann Kühnapfel	x		
Edgar Leisten	x		
Martina Leisten	x		
Norbert Magasch			x
Olaf Manthey		x	
Marko Njammasch	x		
Carsten Preuß		x	
Sven Reimer	x		
Reinhard Schulz	x		
Wiebke Şahin-	x		
Steffen Sloty	x		
Rolf Freiherr von Lützow	x		
Matthias Wilke		x	
Wolf-Dieter Wollgramm	x		

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	5	4

Der Beschluss wurde angenommen.

11.3 Wahlkreiseinteilung zur Kommunalwahl 2024

011/24

Herr Kommer:

Schönen guten Abend. Ich bin seit diesem Jahr Wahlleiter. Das ist eine Formalität. Das ist ja eher auf Bundestageebene. In unserer Stadt, bei unserer Größe macht ein zweiter Wahlkreis absolut keinen Sinn. Im ganzen Landkreis gibt es keine einzige Kommune, die mehr als einen Wahlkreis hat. Es ist dazu noch zu sagen, dass es fehleranfällig ist. Wenn die Stadt in zwei Wahlkreise aufteilt, muss das auch sehr genau sein. In Cottbus gab es ein Negativbeispiel. Bei uns macht das keinen Sinn. Die Kommunalaufsicht möchte diesen Beschluss der Formalität halber sehen. Ich empfehle die Beschlusslage.

Herr Wilke:

Im RSO im Dezember war auf der Tagesordnung die Auswertung des neuen Ortsteiles Zossen und Dabendorf. Werden wir das wählen oder nicht? Plan B kann dem zustimmen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir wurden von der Kanzlei Dombert vertreten. Wir müssen die Hauptsatzung ändern. Ich werde das in den kommenden Ausschüssen beraten. Dann wird es vermutlich auch in die SVV kommen. Ob wir die Bestätigung von dem Landkreis bekommen weiß ich nicht.

Wir hatten den Antrag ja schon mal. Der ist schiefgegangen und liegt bei der Kommunalaufsicht und hemmt unser derzeitiges Verfahren. Die Auffassung ist eher man sollte das in der neuen SVV aufgreifen. Ich werde dementsprechend dem Rat dann folgen. Ich unterstütze das im Rahmen des rechtlich möglichen.

Herr Manthey stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf eine Pause von 10 Minuten. Es folgt eine Pause ab 21:05 Uhr bis 21:15 Uhr.

Abstimmung Einstimmigkeit

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt zur Kommunalwahl 2024 im Wahlgebiet einen Wahlkreis zu bilden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Blanke, Thomas	x		
Buttler, Mathias	x		
Christ, Stefan	x		
Czech, Beata	x		
Czesky, Thomas	x		
Gurczik, Detlef	x		
Heinen, Helmut	x		
Herrmann, Markus	x		
Hummer, Peter	x		
Just, René	x		
Käthe, Wilfried	x		
Klücke, Detlef	x		
Kniesigk, Torsten	x		
Küchenmeister, Janine	x		
Kühnapfel, Hermann	x		
Leisten, Edgar	x		
Leisten, Martina	x		
Magasch, Norbert	x		
Manthey, Olaf	x		
Njammassch, Marko	x		
Preuß, Carsten	x		
Reimer, Sven	x		
Schulz, Reinhard	x		
Sahin-Schwarzweiler, Wiebke	x		
Sloty, Steffen	x		
von Lützwow, Rolf Freiherr	x		
Wilke, Matthias	x		
Wollgramm, Wolf-Dieter	x		

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

11.4 Die Teiländerung der Satzung zur Benutzung von Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Zossen sowie zur Erhebung und Höhe der Elternbeiträge (Kitasatzung) vom 22.06.2021 in Bezug auf die Erhöhung der Essengeldpauschale für die Mittagsversorgung sowie die Verpflegung bei Gastkindern zum 01.01.2024. 120/23/01

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir haben hier die Verpflegungspauschale angepasst, weil wir die Änderung des Kitagesetz mitberücksichtigen müssen. Die Änderungen haben wir im Hauptausschuss besprochen und beraten. Kritisiert wurde unter anderem, dass wir bei nicht selbständiger Arbeit das Bruttogehalt und bei selbständiger Arbeit den Gewinn für die Berechnung als Grundlage verwenden. Aus meiner Sicht ist diese Methode praktikabel. Für die Abrechnung ist bei beiden Einkommensarten der Einkommenssteuerbescheid ausschlaggebend. Wir haben die Untergrenzen zur Beitragsbefreiung in unserer Satzung manifestiert. Die Anrechnung des Einkommens hat sich ebenfalls zu Gunsten der Eltern verändert.

Die Hauptänderung ist, dass das Essengeld jetzt auf 2,25 € am Tag angehoben wurde.

Herr Gurczik:

Was halten Sie denn vom Steuergeheimnis?

Frau Şahin- Schwarzweiler

Wir brauchen von den Eltern schon die Einkommensnachweise. Das ist vom Gesetz so vorgesehen. Wir brauchen ja ebenso die Impfnachweise, sonst ist eine Aufnahme in die Kita nicht möglich. Das Steuergesetz lässt dies zu.

Herr Buttler:

Ich werde dem Antrag zustimmen.

Herr Njammasch:

Klar wird alles teurer. Aber wir sollten die Gebühren regelmäßig einer Überprüfung unterziehen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Finanziell werden wir da nicht entgegenwirken können. Auch nicht mit der neuen Schulküche. Die Qualität in unseren eigenen Küchen ist sehr gut. Wir haben aktuell nur 2 Kitas, in denen wir externes Essen erhalten.

Frau Küchenmeister:

Es gibt ja aber genau das Gap für die Geringverdiener. Auf der einen Seite gibt es ja die Elternbeiträge. Da geht es ab 28000 € brutto Jahreseinkommen los. Aber genau diese Leute trifft es ja. Wir sollten prüfen, was wir da bezuschussen müssen? Was müssen wir aufbringen, wenn wir das übernehmen und die Preise senken? Es wird hier vom Jahresbrutto ausgegangen und bei einem Selbständigen hat man den Gewinn. Da sollte eine fairere Lösung gefunden werden. Ich bitte Sie da dran zu bleiben.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Eltern geben zunächst eine Einkommenschätzung ab. Dann erhalten wir entsprechende Einkommensnachweise. Danach erfolgt die Berechnung. Wir müssen

auch schauen, dass wir einigermaßen kostendeckend arbeiten. Und ich denke, dass wir hier eine vernünftige Lösung gefunden haben. Ich betone nochmals wir liegen im absoluten Mittelfeld.

Herr Leisten:

Mein Vorschlag hierzu: Wir gehen alle da mit, dass Eltern die wenig Einkommen haben nichts für die Kinder zahlen. Und wie wäre es, wenn wir versuchen das Geld für die Eltern wieder zurückzubekommen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wenn Sie unter der Grenze liegen sind Sie so oder so beitragsfrei. Aber sagen die Nachweise in der IST-Abrechnung etwas anderes wird das nachberechnet.

Herr Reimer:

Ein bisschen befremdet mich die Diskussion. Wir haben einen Einkommenssteuerbescheid abgegeben. Der Gewinn ist das Einkommen eines Selbstständigen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Teiländerung der Satzung zur Benutzung von Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Zossen sowie zur Erhebung und Höhe der Elternbeiträge (Kita-Satzung) vom 22.06.2021 in Bezug auf die Erhöhung der Essengeldpauschale für die Mittagsversorgung, gemäß Anlagen zur Satzung I.1., I.2. und I.3., sowie die Verpflegung bei Gastkindern zum 01.01.2024.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Ent.
Thomas Blanke		x	
Mathias Buttler	x		
Stefan Christ		x	
Beata Czech	x		
Thomas Czesky	x		
Detlef Gurczik		x	
Helmut Heinen	x		
Markus Herrmann	x		
Peter Hummer	x		
René Just	x		
Wilfried Käthe			x
Detlef Klucke		x	
Torsten Kniesigk			x
Janine Küchenmeister		x	
Hermann Kühnapfel	x		
Edgar Leisten			x
Martina Leisten			x
Norbert Magasch		x	
Olaf Manthey		x	
Marko Njammasch	x		
Carsten Preuß			x
Sven Reimer	x		
Reinhard Schulz	x		
Wiebke Şahin-	x		
Steffen Sloty	x		
Rolf Freiherr von Lützwow	x		
Matthias Wilke		x	

Wolf-Dieter Wollgramm	x		
-----------------------	---	--	--

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	8	5

Der Beschluss wurde angenommen.

11.5 Ausnahme von der Veränderungssperre für das Flurstück 24 (Flur 4 Gemarkung Neuhof) 004/24

Herr Freiherr von Lützwow:

Der Ortsbeirat Wünsdorf hat hierzu mit 0 / 4 / 0 abgestimmt. Hier lagen kein Härtefall und kein besonderes öffentliches Interesse vor. Das hat Zeit.

Frau Küchenmeister:

Wenn man sich das Kataster mit anschaut sieht man, dass bei den Flurstücken 124 alles grün ist. Man sieht, dass dort bisher keine Wohnbebauung vorhanden ist.

Herr Sloty:

Wir kennen die Grundstücke und wir wissen, dass da ein Holzhaus draufsteht. Er erklärt ja bisher nur die Absicht und daher haben wir da keine Dringlichkeit gesehen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Ausnahme von der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Siedlung Neuhof“ für das Flurstück 24 in der Flur 4 der Gemarkung Neuhof im OT Wünsdorf.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Ent.
Thomas Blanke		X	
Mathias Buttler		X	
Stefan Christ		X	
Beata Czech		X	
Thomas Czesky		X	
Detlef Gurczik		X	
Helmut Heinen		X	
Markus Herrmann		X	
Peter Hummer		X	
René Just		X	
Wilfried Käthe		X	
Detlef Klucke		X	
Torsten Kniesigk		X	
Janine Küchenmeister		X	
Hermann Kühnapfel		X	
Edgar Leisten		X	
Martina Leisten		X	
Norbert Magasch		X	
Olaf Manthey		X	
Marko Njammasch		X	
Carsten Preuß		X	
Sven Reimer		X	
Reinhard Schulz		X	
Wiebke Şahin-		X	

Steffen Sloty		X	
Rolf Freiherr von Lützow		X	
Matthias Wilke		X	
Wolf-Dieter Wollgramm		x	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	28	0

Der Beschluss wurde abgelehnt.

11.6 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Am Eiskutenberg" für das Flurstück 1572 (Flur 3, Gemarkung Wünsdorf) im OT Wünsdorf der Stadt Zossen 007/24/01

Herr Freiherr von Lützow:

Der Ortsbeirat Wünsdorf hat mit 4 / 0 / 0 abgestimmt. Die ältere Dame dort möchte da gerne noch einziehen. Es sind ja dort nur geringfügige Abweichungen von den Zahlen. Das sind ja nur Millimeter. Wir sind dafür.

Herr Just:

Ich wollte noch das Ergebnis des BBW abgeben, das war positiv: Es sollte dort nicht nur die Befreiung sondern auch eine neue GRZ von 0,04 festgelegt werden.

Bei der Abstimmung waren Herr Christ und Herr Gurzick nicht anwesend. Herr Wilke geht um 21:59 Uhr.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Befreiung von der Festsetzung der Grundflächenzahl (GRZ) und der unterschiedlichen Nutzungen für das Flurstück 1572 (Flur 3, Gemarkung Wünsdorf).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Ent.
Thomas Blanke	X		
Mathias Buttler	X		
Beata Czech	X		
Thomas Czesky	X		
Helmut Heinen	X		
Markus Herrmann	X		
Peter Hummer	X		
René Just	X		
Wilfried Käthe	X		
Detlef Klucke	X		
Torsten Kniesigk	X		
Janine Küchenmeister	X		
Hermann Kühnapfel	X		
Edgar Leisten	X		
Martina Leisten	X		
Norbert Magasch	X		
Olaf Manthey	X		
Marko Njammasch	X		
Carsten Preuß			X
Sven Reimer	X		
Reinhard Schulz	X		
Wiebke Şahin-	X		

Steffen Sloty	X		
Rolf Freiherr von Lützow	X		
Wolf-Dieter Wollgramm	X		

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	0	1

11.7 Erweiterung Tempo 30- Bereich Schöneiche

009/24

Herr Freiherr von Lützow:

Wir hatten das auch im Ortsbeirat und wir haben uns hier gefragt, von wem dieser Antrag stammt. Stammt der vom Ortsbeirat Schöneiche?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Der Antrag stammt von der Stadtverwaltung.

Herr Schulz:

Die OB Schöneiche und Kallinchen kämpfen schon so lange wie ich denken kann um Tempo 30er Zonen. Die Straßen sind so schlecht, dass die Leute nachts in ihren Betten stehen. Das ist einfach nur lose verlegtes Kopfsteinpflaster. Ich bin erstaunt, dass der Antrag aus der Stadtverwaltung kommt. Ich möchte daran erinnern, dass man da weiter unterstützen sollte.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich bin über jeden Strohhalm dankbar, der sich irgendwie anbietet, um die Problematik dem Landkreis gegenüber argumentativ darzustellen. Hier haben wir zum einen die Problematik, dass der Spielplatz erneuert wird, dass da eben auch die Feuerwehr ist, da findet das Dorfleben nun einmal statt. Dort soll ja auch noch die eine oder andere Investition getätigt werden. Und wir haben eben noch das Thema Seniorenheim. Alle diese Punkte sprechen für eine Argumentation hinsichtlich einer 30er Zone. Alles was wir irgendwie argumentativ untermauern können sollten wir versuchen.

Herr Buttler:

Wie war das Votum des Ortsbeirates dazu?

Herr Maggasch:

Seit Jahren kämpfen wir um diese 30er Zonen. Es wurde bisher immer abgelehnt. Einmal hat ein Bürger eine am Zossener Damm durchgesetzt. Wir wollen die Strecke verlängern. Das ist da gefährlich. Die längste Strecke in unserem Ort ist ein Test für jeden Stoßdämpfer.

Frau Leisten:

Inwieweit ist die Verlängerung der 30er-Zone in die andere Richtung möglich? Da wo alle parken. Da ist ein erhöhtes Gefahrenpotential.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wenn wir weitere stichhaltige Argumente liefern können, dann bin ich gerne bereit das zu verfolgen. Wir hatten da schon mehrere Gespräche und Termine. Wir benötigen dahingehend auch neue Gesetzesgrundlagen. Ich nehme alle Argumente in die Diskussion mit auf, um diese Anträge zu untermauern.

Herr Gurczik:

In dem Fall sage ich auch die Kinder sollen mehr Freiheit bekommen. Das ist mit

Tempo 30 eher gegeben. Gerade in Kallinchen die Pflaster Straße ist eine Zumutung. Man sollte sich nicht nur für 30 einsetzen. Die Straßen sollten da dringend gemacht werden. Dafür sollten wir uns einsetzen.

Herr Buttler:

Diesen Antrag können wir also nicht erweitern von der Länge her, das geht also nicht, richtig?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das ist so richtig, ja.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Verwaltung zu beauftragen, bei der zuständigen Behörde des Landkreis Teltow-Fläming den Ausbau des Tempo 30- Bereiches in der Lindenstraße/Kallinchener Straße in Schöneiche zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Ent.
Thomas Blanke	X		
Mathias Buttler	X		
Stefan Christ	X		
Beata Czech	X		
Thomas Czesky	X		
Detlef Gurczik	X		
Helmut Heinen	X		
Markus Herrmann	X		
Peter Hummer	X		
René Just	X		
Wilfried Käthe	X		
Detlef Klucke	X		
Torsten Kniesigk	X		
Janine Küchenmeister	X		
Hermann Kühnapfel	X		
Edgar Leisten	X		
Martina Leisten	X		
Norbert Magasch	X		
Olaf Manthey	X		
Marko Njammasch	X		
Carsten Preuß	X		
Sven Reimer	X		
Reinhard Schulz	X		
Wiebke Şahin-	X		
Steffen Sloty	X		
Rolf Freiherr von Lützow	X		
Wolf-Dieter Wollgramm	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

Der Beschluss wurde angenommen.

12 Sitzungskalender 2024

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir haben zum einen den Wegfall des KTUE am 12.02.2024. Der BBW wurde vom 14.02.2024 auf den 21.02.2024 verlegt. Der HA wurde dafür von dem 21.02.2024 auf den 26.02.2024 verlegt. Das wurde hier bis auf den KTUE schon im Kalender berücksichtigt.

Frau Küchenmeister:

Im SJBS sind wir auf den 19.02.2024 verrutscht, damit der HA an einem Mittwoch vor der SVV stattfinden kann. Das finde ich sehr ungenügend.

13 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Kühnapfel schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:16 Uhr.

Hermann Kühnapfel

Vorsitz

Robert Gottlick
Leah Skorniakow
Protokoll